

DROGEN

Polemik gegen Fixerstube



Viel Diskussion, dabei wechselt die Fixerstube nur die Straßenseite.
(Christiane Walerich)

Eine Bonneweger Bürgerinitiative will mit den sozialen Problemen aufräumen und das Bauprojekt für eine Fixerstube im Bezirk verhindern. Soziale Realitäten lassen sich jedoch nicht wegradieren.

"Falls wir statt offener Sozialstrukturen in Bonneweg einmal einen Tag der geschlossenen Türen organisieren würden - dann würde man sehen, was passiert", meint Alain Origer, Drogenkoordinator im Gesundheitsministerium. Natürlich kann man Drogen sucht auf absehbare Zeit nicht aus der Welt schaffen. "Doch wenn im Bezirk Bonneweg über die letzten Jahre nicht so viele Strukturen entstanden wären, dann wäre das Leben heute im Bezirk wirklich nicht mehr angenehm", so Origer. Auch Henri Grün, Leiter der Jugend- an Drogenhöllef, vertritt die Ansicht, dass Sozialstrukturen wie die Fixerstube vor Ort notwendig sind und Ordnungsprobleme, die durch Abhängige hervorgerufen werden können, indem sie in der Öffentlichkeit spritzen, dadurch reduziert werden.

Erneut aufgekommen ist die Debatte um die Sozialstrukturen im Bezirk Bonneweg anlässlich der Bekanntmachung des Bauvorhabens, bei dem das Containerprovisoriums "Tox-In" von der "route de Thionville" in eine feste Struktur in der "rue du Dernier Sol" überführt werden soll. Gegen diese Verlagerung der Fixerstube in eine definitive Struktur hatte sich eine Bürgerinitiative "Stëmm vun Bouneweg" gegründet. Mittels einer Petition und eines Forderungskatalogs verlangt die Initiative die sofortige Aufhebung des Bauvorhabens sowie eine Auslagerung der Fixerstube aus dem Bezirk, auch um die dortige Lebensqualität zu verbessern. "Ich denke, dass die neu gegründete Bürgerinitiative in Bonneweg hier falsch argumentiert: Die Abhängigen sind sowieso im Bahnhofsbereich und ich glaube, dass die Fixerstube hier eher Probleme löst."

Die im Viertel tätigen SozialarbeiterInnen befinden sich in einem Dilemma: "Im Moment überlegen wir, wie wir darauf reagieren sollen. Es ist ja schon eine politische Sache", meint Katja Berg vom Tox-In. "Wenn wir uns zu

sehr einmischen, dann befürchten wir, dass die Einwohner noch mehr gegen uns sein könnten." Und dies, obwohl die Situation drängt: Nicht nur, weil auf dem Grundstück, auf dem seit 2005 die Container des Tox-In stehen, demnächst eine Krankenpflegeschule errichtet werden soll. Auch, weil die dreiteilige Sozialstruktur für Drogenabhängige mit Aufenthaltsraum, Drogenkonsumraum und Schlafstätten räumlich an ihre Grenzen stößt. Das macht es fürs Personal auch schwer, Konflikte aufzufangen; Zudem seien die Container in einem solch schlechten Zustand, dass sie spätestens in zwei Jahren komplett saniert werden müssten, stellt Origer fest.

Sanierungsfällige Container

"Wir sind an einem Punkt angelangt - die Baugenehmigung liegt zur Bewilligung bereit - an dem wir keine Diskussionen über den Standort der Fixerstube mehr führen sollten", sagt Origer. Fünf Jahre hätten die Verhandlungen mit der Gemeinde Luxemburg gedauert, bis schließlich ein Grundstück gefunden wurde. Keiner der Partner hätte es auf die leichte Schulter genommen. Dass sich eine Bürgerinitiative gegründet habe, sei normal, niemand wolle eine Fixerstube vor der Tür haben. Dennoch sei es erstaunlich, dass die Reaktionen erst jetzt kämen: Seit zwei Jahren hätten die Medien und die Gemeinde über diesen Standort informiert. "Es ist wichtig, dass wir einen Platz finden, der nicht zu nah am Bahnhof ist, damit wir nicht Teil der Dealer-Szene werden und trotzdem von den Szenepätzen aus noch zu Fuß erreichbar sind", meint Berg. Denn gerade Drogenabhängige, die ihren Stoff am Bahnhof kaufen, würden wohl kaum einen Bus oder ein Taxi nehmen, um sich in einem abgelegenen Bezirk ihre Spritzen zu setzen. Somit sei eine Dezentralisierung innerhalb der Hauptstadt wenig sinnvoll. Dagegen sei eine Dezentralisierung in andere Städte durchaus erstrebenswert. "Wir verhandeln gerade mit der Escher Gemeinde, um hier das gleiche Angebot aufzubauen wie in der Hauptstadt", meint Origer. Denkbar wäre eine solche Struktur auch für die Nordgemeinden.

Kein Ghetto

"Der Neubau des Tox-In, der aus dem 'Fonds de lutte contre le trafic des stupéfiants' finanziert wird, soll kein Ghetto werden", sagt Origer. So sähen die architektonischen Pläne, die der Gemeinde zur Genehmigung vorliegen, eine ähnliche Bettenkapazität vor wie bisher: Mit 40 bis 45 Betten sei man personell ausgelastet und könne noch eine gute Betreuung garantieren. Vorteilhaft sei, dass die Struktur insgesamt geräumiger ist als die engen Container. Weiter befinde sich im hinteren Teil des Gebäudes ein großer Hinterhof, damit sich die Leute nicht vor dem Gebäude und auf der Strasse aufhalten müssen.

Letztlich schien die Lage des Neubaus ein guter Kompromiss Der vorgesehene Standort befin-

det sich nur am Rande eines Wohnbezirkes und trotzdem werden die Drogenabhängigen hier nicht sozial abgedrängt. "Den optimalen Platz gibt es nicht", stellt Origer fest.

Entgegen aller Gerüchte sei anhand von Erhebungen nicht festzustellen, dass die Zahl der Drogenkonsumenten dramatisch zugenommen habe - im Gegenteil. Wenn etwa die ADR behaupte, dass innerhalb von zehn Jahren die Anzahl der verteilten Spritzen um 250 Prozent gestiegen sei, dann hänge das eher mit dem Konsumverhalten zusammen, das sich vom Heroin zu einem Mischkonsum gewandelt habe, wodurch Abhängige mehr Spritzen benötigten. Weiter hätten Ordnungskräfte bestätigt, dass sich die Problematik in puncto öffentlicher Sicherheit in Bonneweg verbessert habe. "Seit der Eröffnung des Tox-In sind fünf Klagen eingegangen", so Origer. Diese Klagen über auffällig gewordene Klienten habe man jeweils sehr ernst genommen und versucht, Lösungen zu finden. "Plötzlich scheint jeder unzufrieden zu sein. Die Bürgerbewegung hat den Effekt eines Schneeballs bekommen", sagt Origer. Dabei sind die Betroffenen seiner Meinung nach weniger gegen das Tox-In an sich, als mit der Lebensqualität im Bezirk unzufrieden: "Ich denke hier werden Dinge vermischt". Historisch gesehen sei der Bezirk schon immer ein sozialer Brennpunkt gewesen. "Es geht darum, den Leuten zu erklären, dass man mit dem Projekt nicht gegen sie arbeiten will", so Origer. Es sei an der Gemeinde Luxemburg, die regelmäßig Informationsversammlungen in den Bezirken organisiert, den Bürgern ihre Position zu erklären.

Xavier Bettel, Sozialschöffe der Stadt, sieht dagegen eher die Rolle des Staates gefordert. "Die Gemeinde Luxemburg wird dargestellt, als ob es ihr Projekt wäre. Dabei sind wir nicht Bauherr. Auch ist es ein Grundstück der Regierung", ärgert sich Bettel. Er scheint die Beteiligung und Verantwortung der Stadt Luxemburg abschieben zu wollen.

Die Gemeinde gebe dem Bauprojekt erst grünes Licht, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt seien: Erstens sollten alle involvierten Minister den Anwohnern ihr Konzept erklären. Zweitens fordert die Stadt eine Betreuung rund um die Uhr. Drittens soll sich die Regierung in puncto dezentrale Strukturen im gesamten Land engagieren.

Die Stadt selbst engagiert sich ohnehin für eine Dezentralisierung im Sozialbereich: Das Foyer Ulysse, das ursprünglich für rund 65 Obdachlose in Bonneweg gebaut wurde, soll zunehmend auf kleinere Wohnungen rund um die Stadt und Esch umverteilt werden.

Letztlich wäre es wünschenswert, dass sich alle Involvierten zu regelmäßigeren Gesprächen zusammenfinden würden, damit Lebensqualität nicht nur als Polemik auf dem Rücken von Betroffenen definiert wird.

Christiane Walerich

En toute discrétion

Parfois, la vie parlementaire peut être d'une rapidité exemplaire. Ainsi apprend-on que la commission des affaires étrangères se réunira le 2 juillet pour assister à la présentation du projet de loi 5737. Deux jours plus tard, le 4 juillet, le rapport du projet de loi en question sera déjà adopté. Ce texte doit en fait modifier la loi du 5 mai 2006, relative au droit d'asile et à des formes complémentaires de protection (comme la protection subsidiaire, dont la protection internationale fait partie, qui protège les réfugiés en danger collectif dans un pays reconnu comme dangereux). En date du 16 mai de cette année, le Tribunal administratif a tranché en faveur d'un demandeur d'asile de nationalité russe. Celui-ci avait déposé une première demande d'obtention du statut de réfugié avant l'entrée en vigueur de la loi de 2006 que le ministère de l'immigration lui avait refusée. En mars 2007, il a à nouveau déposé une demande d'obtention de reconnaissance du statut de réfugié et de protection subsidiaire, que le ministère de l'immigration a illico déclarée irrecevable, car déjà une fois refusée. Aux yeux du Tribunal administratif, l'irrecevabilité est sans fondement, étant donné que le statut de protection subsidiaire n'a pas pu lui être refusé une première fois, car ce statut n'a été introduit que par la loi de 2006 (le premier refus était sous l'empire de la loi de 1996). Plus précisément, la loi de 2006 stipule que le ministre "considérera comme irrecevable la nouvelle demande d'une personne à laquelle la protection internationale a été définitivement refusée". Le projet de loi 5737 doit pallier à cette "négligence": à "protection internationale" est ajoutée la demande de "statut de réfugié". La motivation du gouvernement pour cette modification découle de sa volonté "d'accélérer les procédures". Or, dans l'état actuel, il serait contraint de procéder à un réexamen systématique des demandes d'obtention du statut de réfugié rejetées et qui pourraient désormais aussi faire une demande de protection subsidiaire. A moins que la personne ne présente des éléments nouveaux - dans ce cas, le ministre doit procéder à un réexamen systématique sur le fonds. Soit dit en passant: depuis la visite du président Poutine, cinq citoyens russes se seraient retrouvés au centre de rétention, ce qui serait une première. Autre détail: parmi ces cinq Russes, quatre seraient originaires de minorités nationales.

Es lebe die freie Republik!

Um dem Gastgeberland Luxemburg für das Exil in Beckerich zu danken, hatte sich der selbst erkorene Präsident der "Republique libre de Clairefontaine", Jerry Frantz, mit einigen Bürgern zur Parade anlässlich des Nationalfeiertags eingefunden. Doch das Gastspiel sollte von kurzer Dauer sein. Als die mitgebrachten Fahnen der freien Republik den vorbeiziehenden Polizeikorso flankierten, wurden die freien Bürger von Verantwortlichen aufgefordert, die Insignien der Republik wieder einzupacken. Nach kurzer Ernüchterung folgte jedoch Entwarnung: Die freie Republik dürfe dennoch Flagge zeigen ... Es lebe die Kunst!

